

Notwendiger Diskurs in der Politik

Bundesrat Moritz Leuenberger, Rede am SP-Parteitag vom 26. Oktober 2008, Aarau

Notwendiger Diskurs in der Politik

- Heute: Disput in der SP über Sicherheitspapier
- Ohne mich zum Inhalt zu äussern:
- bin froh, dass SP zu diesem Diskurs fähig ist – andere Parteien disputieren vor allem über ihre Abkürzungen
- (und sind auch bald nur noch eine Abkürzung ihrer ursprünglichen Grundsätze)

Da ist mir eine Partei lieber, die sich um Inhalte bemüht und sich zu ihnen auch auseinandersetzt.

Sicherheit

- Sicherheit war schon immer zentrales Thema der Sozialdemokratie. Ihre Umsetzung birgt Zielkonflikte und die müssen ausdiskutiert werden.
- Schutz gegen physische Gewalt ist ein Element von Sicherheit. Eine Ursache von Gewaltkonflikten ist sehr oft wirtschaftliche Ungleichheit, im Kleinen und im Globalen. Deswegen ist soziale Sicherheit immer unser primäres Anliegen gewesen.
- Soziale Sicherheit heisst nichts anderes als wirtschaftliche Sicherheit der Menschen, ihrer Arbeitsplätze, ihrer Renten.

Und gerade diese Aspekte stehen angesichts der heutigen Wirtschaftslage im Vordergrund.

1. Finanzkrise

Ich war vor dreissig Jahren einer der Mitverfechter der Bankeninitiative unserer Partei

Die Bankeninitiative von 1977 wollte im Wesentlichen vier Punkte einführen:

- den Schutz der Kleinsparer,
- die Entflechtung des Finanzsektors von den übrigen Wirtschaft,
- Eingriffsbefugnisse des Bundes und auch
- die Beschränkung des Bankgeheimnis'.

Die Initiative scheiterte auch an der Angst, die in der Kampagne geschürt wurde, es drohe der Verlust von Arbeitsplätzen und der Steuervogt bekomme Oberhand. Kleinsparer hatten Angst, ihr Sparguth nicht mehr vor den Steuerbehörden verstecken zu können.

Jetzt, wo die Empörung über die Boni ganz allgemein geworden ist, wollen wir uns doch in Erinnerung rufen: Viele Vorstösse unserer Partei sind an diesem heimlichen Traum vieler Menschen gescheitert, dereinst auch zu den ganz grossen Profiteuren zu gehören.

- Die Initiativen für ein soziales Bodenrecht sind am Traum vom Eigenheim gescheitert, geträumt von Leuten, die nie den Hauch einer Chance dazu hatten.
- Wie viele haben sich gerne verschuldet, mit dem einzigen Ziel, den Betrag, den sie willig für Hypozinsen an die Banken oder Prämien an die Versicherungen ausgaben, bei den Steuern einzusparen, welche sie sonst dem bösen Staat hätten zahlen müssen.
- Und wie viele haben doch heimlich die grossen Finanzjongleure bewundert und sind zu Hunderten an Aufklärungsvorträge von Martin Ebner gepilgert, der auf durchsichtigen Folien und mit komplizierten Graphiken erklärte, wie jeder zum Multimillionär werden könne.

Unsere Kritik an den Boni ist jedoch nicht Neid gegenüber enormen Einkommen. Es empört sich ja niemand über das Einkommen von Roger Federer. (Obwohl mancher Kellner denkt, er serviere doch auch perfekt und verdiene dennoch nicht so viel.)

Der Bezug von Boni ist auch nicht einfach nur eine moralische Frage. Das ist sie zwar auch: Es hat sich wahrhaftig Dekadenz manifestiert. Mir kommt unwillkürlich immer wieder die Problematik der Raser in den Sinn: sie sind sozial entwurzelt, leben in einer abgeschotteten eigenen Welt, sie sind der Freiheit, die sich ihnen bietet, nicht gewachsen und sie gefährden durch ihre Hemmungslosigkeit andere Menschen.

Ebenso hat sich eine Bankergeneration in der Wirtschaftsfreiheit hemmungs- und schrankenlos ausgetobt, einer Freiheit, die vom Staat garantiert wird und die durch eine Globalisierung ermöglicht wird, die bis jetzt doch immer nur eine wirtschaftliche Globalisierung blieb, weil eben trotz aller Bemühungen noch immer keine politisch verbindliche Regeln geschaffen werden konnten.

Boni werden damit begründet, nur so die "besten" Leute zu finden. Hat man denn die Besten gefunden? Gut heisst offenbar gierig und am „besten“ heisst am „gierigsten“. Eine bessere Begründung gegen Boni könnte man gar nicht finden.

Die Praxis der Boni ist von struktureller Bedeutung und von verheerender Wirkung: Ein Boom von Darlehen führte dazu, dass sich die Banken gegenseitig aufgeblasene und wertlose Pakete verschafften und sich dafür je Boni zuschoben. Die Aussicht auf Bonus führte zu Gewinnmaximierung mit allen Mitteln, wobei der weiteste Orientierungshorizont das Quartalsergebnis war.

Nun ist eingetreten, was viele von uns über Jahre voraus sagten.

Doch wie schmerzlich kann es sein, Recht zu bekommen.

Heute bin ich an einem Beschluss beteiligt, mit dem eine Grossbank rekapitalisiert wurde. Ich verstehe sehr gut, dass da manchen von Euch die Wut packt und dass er mit diesem Beschluss grundsätzlich und in seiner Ausgestaltung Mühe hat.

Erinnerung an Swissair und damalige Rolle der SP:

(Persönlich mit Ruth Dreifuss zunächst dagegen. Angesichts der konkreten Folgen und der entschiedenen Haltung der SP dann für staatlichen Rettungsplan. SP hat zu Recht auf

Verantwortung gegenüber Arbeitnehmern. Die von den Folgekonkursen betroffen sein konnten gepocht.)

Aus der Wut muss der Mut wachsen, jetzt Verantwortung zu übernehmen. Diese Verantwortung endet nicht beim Paket, mit dem wir den Finanzplatz retteten. Denn der Finanzplatz existiert nicht um seiner selbst willen und schon gar nicht für seine Akteure. Er ist Teil unserer gesamten Wirtschaft unserer Gesellschaft, die für alle Menschen sicher gestaltet werden muss.

Wir haben allen Grund anzunehmen, dass die Finanzkrise in eine Wirtschaftskrise mündet. Verantwortung wahrnehmen heisst daher auch:
Mit guten Infrastrukturen für Wohlstand sorgen, auch wenn kein Geld in der Kasse ist

2. Investitionen

Ich sage es in meiner Rolle als Verantwortlicher für Verkehr, Energie und Umwelt: Das Rettungsprogramm darf nicht zu Lasten der Investitionen gehen, sonst werden wir zweimal verlieren. Wir werden künftigen Generationen Schulden hinterlassen und dazu auch noch veraltete und überforderte Infrastrukturen. Jetzt ist der Moment gekommen, um auf die Verzichtsplanungen bei den Infrastrukturen zu verzichten.

- brauchen Mittel für Ausbau öV, auch für Strassen
- für Entlastung der Innenstädte vom Verkehr
- für Hochwasserschutz.

Das sind Investitionen. Investieren heisst langfristig anlegen für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft, für nachfolgende Generationen, für die Wirtschaft. Das geht nur, wenn wir die Milliarden für die UBS nicht bei anderen Ausgaben einsparen müssen, wie das die Ergänzungsregel zur Schuldenbremse will.

3. Klimaschutz

Stimmen in der EU sagen heute, wegen Rettungsprogrammen für Banken kein Geld für Klimaschutz und da wittern natürlich auch bei uns viele wieder Morgenluft.

Aber:

- Klimaerwärmung ist grösste Bedrohung der Sicherheit der Menschen auf dieser Welt (sagen nicht nur Klimatologen, z.B. auch amerikanische Generäle)
- Trockenheit, Überschwemmungen, Kampf um knappe Nahrungsmittel und sich ausbreitende Krankheiten vertreiben Millionen aus ihrer Heimat
- führt zu Verdrängungskämpfen und Klimakriegen.

Deswegen

- weltweite CO₂-Reduktion und Solidarität bei der Behebung den bereits eingetretenen Klimaschäden. Deswegen hat Bundesrat meinen Vorschlag für ein weltweites Verursacherprinzip unterstützt.
- und es braucht eine ernsthafte CO-Reduktion in der Schweiz auch nach 2012.

Und auch hier melden sich schon wieder die Marktgläubigen zu Wort. Und wie. Die Stiftung Klimarappen führt im Hinblick auf die Postkyotogesetzgebung eine millionenschwere Kampagne.

Sekretäre von économie und avenir suisse träumen von einer Klimapolitik, die ausschliesslich auf CO2-Reduktion durch Kauf von Zertifikaten im Ausland basiert.

Das kann gefährlich werden:

Es ist nämlich eine reine Spekulation zu glauben, Zertifikate aus Entwicklungs- und Schwellenländer blieben stets billiger als reale Reduktionen in unserem eigenen Land. Die internationale Energieagentur kommt zum Schluss, dass für jeden Franken der in die Energieeffizienz investiert wird, drei Franken Investitionen für Strom gespart werden können.

Heute stammen die Zertifikate grösstenteils aus China und Indien; das sind Staaten, die nicht mehr ohne weiteres bereit sind, die Industrieländer mit billigen Zertifikaten zu beliefern.

Die Zertifikatspreise werden bestimmt von der Nachfrage und vom Angebot:

Je mehr sich mit Zertifikaten eindecken wollen, desto höher wird der Preis. Schon heute gibt es nicht genug gute Klimaprojekte in den Entwicklungsländern. Das dürfte sich in den nächsten Jahren noch zuspitzen.

Nein, der Markt richtet's nicht immer. Ausschliesslich auf ausländische Zertifikate zu setzen, ist riskant und könnte uns teuer zu stehen kommen.

Es ist nachhaltiger, dieses Geld in unseren eigenen Wirtschafts- und Forschungsstandort zu investieren.

Die EU rechnet damit, dass im Bereich der Energie- und Umwelttechnologien in den nächsten Jahrzehnten rund 1000 Milliarden Euro investiert werden. Wenn wir dieses Geld hier bei uns investieren, können wir die Wirtschaft ankurbeln und die Konjunktur stützen.

Weshalb sollen wir gleich den ganzen, rentablen Wirtschaftszweig in Ausland exportieren?

Es gibt Leute, die glauben, wir könnten alle Aufgaben mit Senken lösen:

- Das Kyotoziel erreichen wir ganz knapp dank den Waldsenken.
- Mehr Geld in die Staatskasse kommt dank Steuersenken.
- Das politische Bewusstsein können wir nur erreichen, indem wir in der politischen Diskussion das Niveau senken.

Es gibt Leute, die ernsthaft glauben, mit dem Kauf eines Schlüsselanhängers mit Knut hätten sie etwas gegen den Klimawandel getan; es gibt sogar Umweltminister, die eine Patenschaft für Knut übernehmen.

Es kann doch nicht angehen, dass wir den Finanzplatz mit realen Milliarden unterstützen, aber meinen, dem Klimawandel als grösstes globales Risiko könnten wir nur mit infantiler Symbolik beikommen.

Diese allgemeine Senkungsideologie ist nicht senkrecht und gehört in den Senkel gestellt.

Wir können nicht alle Probleme in 20 Minuten lösen.

Es gibt nicht immer für Alles und Jedes einfache Lösungen, die nach ideologischen Mustern angegangen werden können.

Gewiss freue ich mich, dass die Rolle des Staates wieder entdeckt und geschätzt wird.

Spät kommt ihr, möchte man sagen. Aber kommt ihr auch wirklich?

Ich habe manchmal Zweifel. Denn bereits wird wieder aus den alt bekannten ideologischen Gräben geschossen: Im Leitartikel der NZZ unmittelbar nach Bekanntwerden unseres Paketes zur Konsolidierung der UBS lesen wir, der Staat könne nicht die Konjunktur in Schwung halten; der Staat dürfe nicht „vom Retter zum Besatzer“ werden, wörtlich:

„Man muss Retter auch wieder loswerden; sonst werden sie zu Okkupanten. Wer glaubt, man könne dem Staat eine grössere Rolle zuweisen, um Krisen zu vermeiden, erliegt der gleichen Illusion, die zum Desaster geführt hat. Der Ruf nach mehr Staat ist nicht sachgerecht.“

Zugegeben, in der NZZ sind die Meinungen auch geteilt. Aber immerhin brachte es ausgerechnet diese Haltung zum Leitartikel.

Okkupanten? Wer hat da wen besetzt? Wessen Pensionskassen und wessen Arbeitsplätze?

Der Staat ist nicht der Diener des Marktes, sondern er muss ihn ordnen.

Als Korrelat der Globalisierung der Konzerne und Märkte brauchen wir schon lange internationale Institutionen und global verbindliche Regeln, die der Weltwirtschaft einen Rahmen setzen.

Nach dem grössten Staatseingriff der Weltgeschichte orientieren wir uns neu.

Gewiss freue ich mich, dass nach Jahren der Marktideologie viele wieder zurück finden zum Primat der Politik.

Aber passen wir auf: Das heisst nicht „mehr Staat“, sondern das muss heissen „mehr Demokratie“.

Ich stelle nämlich in der gegenwärtigen Diskussion eine merkwürdige Bewunderung fest zugunsten von Staaten wie Singapur, Südkorea oder Ölscheichtümern, wo ein Chef oder ein Clan autoritär entscheiden kann und wo nicht die mühsame Demokratie hindert.

Schon sehen wir wieder die uneingeschränkte Bewunderung des glänzenden Goldes.

So wie vorher angesichts des schnellen Geldes die deregulierte US-Wirtschaft Vorbild war, so sind es jetzt plötzlich wirtschaftlich erfolgreiche Staaten, die aber Menschenrechte und Demokratie auf das Gröbste vernachlässigen.

- „Ob unsere direkte Demokratie denn auch Schritt zu halten vermöge mit den entscheidungsstarken Staaten in Asien“, fragt avenir suisse besorgt.
- Auch die NZZ lobe, so schreibt wenigstens heute der Sobli, Staatsfonds aus asiatischen Staaten und warne hingegen vor Staatsfonds westlicher Demokratien.

Die Finanzkrise ist auch eine Krise des Verhältnisses zwischen Demokratie und Wirtschaft.

Keine Beteiligung der Wirtschaft mehr an der Politik.

Früher zwar Gefahr des Filz', aber hatte doch auch Vorteile.

Jetzt völlig getrennt.

Die wenigen, die im Parlament mitmachen, sind zwar nicht gerade in unserer Partei, aber sie haben doch wenigstens die Verhältnismässigkeit nicht verloren und den Sinn für Ausgewogenheit und Gleichheit. Jede Gesellschaft, auch die Weltgemeinschaft kann nur überleben, wenn all ihre Kräfte in einem inneren Gleichgewicht stehen und wenn nicht eine Kraft zur Masslosigkeit wächst. Diese Erkenntnis pflegt eine direkte Demokratie, wenn sie nicht unterminiert wird. Von den Masslosigkeiten der UBS distanzieren sich jetzt zwar alle. Gestern hat der Präsident der FDP gesagt, Ospel sei gar nicht so nah an der FDP gewesen, wie man meine; er sei näher bei der SVP gewesen.. Es interessiert mich eigentlich nicht sonderlich, ob Herr Ospel jetzt im Grunde seines Herzens „mehr FDP oder mehr SVP“ gewesen ist, sondern, wie viel Geld die Parteien von den Grossbanken erhalten haben und weiterhin erhalten.

Solche versteckte Zahlungen sind auch eine Krise der Demokratie. Wenn nämlich das Verhalten der Parteien und damit unsere Finanzpolitik nach dem Zuckerbrot der Grossbanken gesteuert

würden, müssten wir uns nicht wundern, wenn andernorts nach der Peitsche gegen unsere Politik gerufen wird – so deplaziert der Ausdruck auch immer ist.

Wir stehen weiterhin zur politischen Verantwortung, zur Kooperation, zur Zusammenarbeit aller massgeblichen Kräfte, welche den Staat und die Staatengemeinschaft gestalten wollen.
Wir wollen nicht mehr Staat, wir wollen mehr Demokratie, mehr soziale Demokratie.